

„TRANSFORMATIONSPROZESSE IN DER ARABISCHEN WELT SIND NICHT RÜCKDREHBAR“

Wie ist die politische Situation im Nahen Osten? Fünf Jahre nach dem Beginn des Arabischen Frühlings zogen Experten auf Einladung des GSI und der Deutschen Initiative für den Nahen Osten eine Bilanz. Beim 3. Nahost-Talk war Dr. Andreas Reinicke, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Tunis, einer der Diskutanten.

Frage: In der revolutionären Bewegung des Arabischen Frühlings lag die Hoffnung auf einer Entwicklung zu mehr Partizipation und Demokratie in der arabischen Welt. Welche Bilanz ziehen Sie nach fünf Jahren Arabischer Frühling?

Reinicke: Fünf Jahre nach der tunesischen Revolution würde ich weniger von dem Arabischen Frühling sprechen als von dem Beginn eines Transformationsprozesses in der Arabischen Welt. Tunesien ist das einzige Land, das es bislang vermocht hat, mittelfristig Transformationsprozesse anzustoßen. In anderen Ländern verlaufen Entwicklungen unterschiedlich, zum Teil auch gewalt- sam. Aber die Transformationsprozesse in der Arabischen Welt haben begonnen und sie werden auch nicht mehr rückdrehbar sein.

Frage: Das heißt: Die Euphorie war begründet, aber wir brauchen ein bisschen mehr Geduld?

Reinicke: Wir brauchen für Transformationsprozesse Zeit. Das haben wir in Osteuropa gesehen, das haben wir in unserem eigenen Land gesehen. Das sind Generationenaufgaben, weil sie nicht einfach mit der Formaldemokratisierung durch Wahlen zu tun haben, sondern weil eine gesamte Gesellschaft sich von einer patriarchalischen Struktur hin zu einer partizipativen Struktur ändern muss. Das kann man in Tunesien gerade sehr gut beobachten.

Frage: Tunesien, das Mutterland des Arabischen Frühlings, hat seit 2014 eine Verfassung, ein Parlament, eine Regierung. In Ägypten herrscht dagegen wieder eine Militärdiktatur und in Syrien der Bürger-



krieg. Warum konnten sich nur in Tunesien ansatzweise demokratische Institutionen etablieren?

Reinicke: Zunächst einmal ist das Land homogener. Es gibt nicht die Konflikte, die man in anderen arabischen Ländern hat: weder ethnische, noch religiöse. Es gibt zwar einen Konflikt zwischen einer bewusst laizistisch ausgerichteten Bevölkerung und einer bewusst religiös ausgerichteten Bevölkerung, aber ansonsten ist das Konfliktpotenzial relativ gering. Es gibt zudem eine sehr starke Bürokratie, die zumindest in der Transformationsphase auch für eine Stabilität gesorgt hat, sich jetzt allerdings öffnen muss. Anders als in Ägypten hat das Militär auch keine politische Rolle gesucht. Und wir haben eine Bevölkerung, die an anderen Transformationsländern beobachtet hat, wie Dinge aus dem Ruder laufen können. Darum ist die Versuchung, Konflikte mit Gewalt zu lösen, in Tunesien doch sehr gering, der Wille zum Konsens umso größer.

Frage: Spielt die Kolonialgeschichte Tunesiens noch eine Rolle im politischen Diskurs?

Reinicke: Unter der Elite und der oberen Mittelschicht gibt es ein Verständnis dafür, wie Demokratie nach französischem Muster organisiert werden kann. Man kennt die französische Politik im Detail und kann sich vorstellen, wie es im eigenen Lande aussehen kann. Ein Land wie Libyen hat da ganz andere historische Erfahrungen gemacht. Dennoch wird in Tunesien die französische Verbindung immer wieder auch als Last empfunden.

Frage: Welche Rolle spielen Zivilgesellschaft und Bevölkerung in dem von Ihnen beschriebenen Transformationsprozess?

Reinicke: In Tunesien hat man zunächst geglaubt, dass mit der dritten Regierung, die frei gewählt wird, alle Probleme beseitigt sind. Im Jahr fünf nach der Revolution dämmert aber einem wachsenden Teil der Bevölkerung, dass auch Eigeninitiative notwendig ist. Sie finden etwa eine wachsende Anzahl von kleinen Start-Ups, die nicht alle erfolgreich sind, aber doch die Erkenntnis widerspiegeln, dass man selber etwas machen muss. Sie finden auch zunehmend kulturelle Entwicklungen im Lande und eine Filmindustrie, die sich sehr eigenständig entwickelt. Wir sehen also schon den Versuch, sich an der Weiterentwicklung des Landes zu beteiligen, auch wenn viele weiterhin glauben, dass der Staat alles richten muss.

Frage: Es gibt Terroranschläge, die Wirtschaft steckt in einer tiefen Krise und die Zahl der Touristen sinkt. Die Menschen fühlen sich im Stich gelassen und gehen wieder auf die Straßen. Wie stabil ist die Demokratie in Tunesien?

... weiter von Seite 1

Reinicke: Ich glaube schon, dass sie stabil ist, auch wenn es immer Auf- und Ab-Bewegungen geben wird. Sie ist stabil, weil die Bevölkerung sich in einem einig ist – dass man keine Gewalt will. Es hat zwar Terroranschläge gegeben, und man kann auch künftig keine ausschließen. Aber ich glaube nicht, dass die destabilisierend wirken werden. Wir haben etwa nach dem Anschlag im März in der Stadt Ben Guerdane gesehen, dass die Bevölkerung sich gegen islamistische Angreifer und stattdessen weitgehend mit dem Staat solidarisiert hat. Das heißt nicht, dass es nicht immer noch Schwierigkeiten geben kann, aber im Augenblick ist das eigentlich weniger zu erwarten.

Frage: Welche Hilfe sollte der „Westen“ Tunesien jetzt anbieten?

Reinicke: Wir müssen diesen ganzen Prozess mit all seinen Schritten begleiten. Wir

neigen manchmal dazu, dass wir in der Entwicklungspolitik immer Ergebnisse sehen wollen. Aber wir müssen auch den Weg dahin durch demokratische Prozesse mitbegleiten. Das tut die deutsche Entwicklungshilfe sehr gut: Wir haben im Auswärtigen Amt die Transformationspartnerschaft mit Tunesien ins Leben gerufen, das Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit hat sein Engagement durch KfW und GIZ massiv ausgebaut. Alle sechs politischen Stiftungen sind vor Ort, ebenso das Goethe-Institut, der DAAD, die Deutsche Welle Akademie, das THW und die Stiftung für internationale rechtliche Zusammenarbeit. Wir müssen künftig auch das Parlament bei seiner Entscheidungsfindung begleiten und uns in der gesamten Region engagieren. Wir haben zum Beispiel in Libyen einen Stabilisierungsfonds initiiert, um dort etwas Stabilität hereinzubringen. Bundesaußenminister Steinmeier ist in den

Syriengesprächen sehr engagiert und bemüht sich um eine Verbesserung des Verhältnisses zwischen Iran und Saudi-Arabien. Das sind alles Stabilisierungselemente, die wir dort anbieten, um der Bevölkerung oder den Verantwortlichen Handlungsempfehlungen an die Hand zu geben.

Frage: Wie fügen sich diese Initiativen in einen europäischen Kontext ein?

Reinicke: Den Stabilisierungsfonds in Libyen etwa haben wir zwar vorangebracht, aber es sind viele andere Staaten mit dabei. Genauso bei den Syrien-Verhandlungen. Dort haben wir ein eigenes Syrien-Verhandlungsteam sowie einen Koordinator für die Stabilisierung in der Region im AA eingerichtet, aber das sind Initiativen, die sich im internationalen und europäischen Umfeld einbetten.

JÖRG ARMBRUSTER: DER NAHE-OSTEN-ERKLÄRER

Unter dem Motto „aufklären und erklären“ bringt der langjährige ARD/SWR-Auslandskorrespondent Jörg Armbruster seit Jahren den Menschen hierzulande via TV die Entwicklungen, Verwicklungen, Probleme und Akteure insbesondere im Nahen Osten nahe. Er versucht, Antworten zu geben, warum die dortige Region schon seit Jahrzehnten nicht zur Ruhe kommt, ob und unter welchen Umständen dort Frieden überhaupt möglich ist und wie es zu dem Aufstieg des sogenannten „Islamischen Staats“ kommen konnte. Der passionierte Journalist, der seit 1988 für deutsche Sender im Ausland im Einsatz ist, gilt als ausgewiesener Kenner der dortigen Situation.

Anfang 2013 wurde ihm sein Einsatz als neutraler Rechercheur im Nahen Osten dann selbst zum Verhängnis: Armbruster geriet im nordsyrischen Aleppo bei den Dreharbeiten zu einem Dokumentarfilm zum Thema „Zwischen Krieg und Frieden – Der neue Nahe Osten“ unter Beschuss. Lebensgefährlich verletzt musste er sich einer Notbehandlung in einem syrischen Krankenhaus unterziehen. Danach waren noch weitere Operationen nötig, um den Auslandskorrespondenten aus Leidenschaft wieder herzustellen.

Armbruster unternahm seine ersten journalistischen Gehversuche 1973 beim Hörfunk des Westdeutschen Rundfunks (WDR) in Köln, nachdem er in der Domstadt zuvor Sozialwissenschaften, Volkswirtschaft, Politik-, Theater- und Sprachwissenschaft studiert hatte. Von 1979



dpa/Picture-Alliance

bis 1982 war er anschließend für den damaligen Süddeutschen Rundfunk (SDR) als Radioreporter und -moderator tätig. Bei dem Sender wechselte er dann zum Fernsehen als Redakteur und Korrespondent in die Auslandsredaktion. In den Jahren 1999 bis 2005 ging Armbruster erstmals als Auslandskorrespondent und Studioleiter nach Kairo. Nachfolgend leitete er bis 2010 die Abteilung Ausland/Europa beim SWR. Außerdem gehörte Armbruster in dieser Zeit dem Moderatoren-Team des ARD-„Weltspiegel“ an. Von August 2010 an übernahm er wieder die Leitung des ARD-Studios in Kairo. Von dort aus erläuterte er den Deutschen auch die Geschehnisse und Entwicklungen rund um den „Arabischen Frühling“.

Als „Vorbild für viele Kolleginnen und Kollegen“ lobte ihn SWR-Intendant Peter Boudgoust im vergangenen Jahr, als bekannt wurde, dass Jörg Armbruster den Ehrenpreis des Bayerischen Fernsehpreises 2015 erhalten würde. Armbruster sei eines der prägenden Gesichter des deutschen Fernsehens, begründete die Preis-Jury ihre Wahl. Sie hob dabei das Engagement, die Überzeugung, den Mut und die Seriosität des 1947 in Tübingen geborenen Fernsehjournalisten hervor.



DER EU-BINNENMARKT - EINHEITLICH, ABER AUCH NICHT

Von Klaus Kocks

Vom Volumen her gilt er als der größte weltweit und der Begriff Freihandelszone wird seiner Bedeutung lediglich ansatzweise gerecht: der gemeinsame Binnenmarkt der Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Er sorgt dafür, dass wir bestimmte Lebensbedingungen, die wir von zuhause kennen, auch in anderen EU-Staaten vorfinden. Das heißt: Wir können mit der gleichen Selbstverständlichkeit wie im eigenen Land einkaufen wo und was wir wollen, können im gesamten EU-Binnenmarkt eine Arbeit aufnehmen oder ein Geschäft eröffnen und wem danach ist, der investiert sein Geld in einem EU-Nachbarland. Am 1. Januar 1993 wurde das Projekt des einheitlichen Marktes in der Gemeinschaft verwirklicht. Nach Angaben der Bundesregierung ist der europäische Binnenmarkt mit einer Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt) von über 12 Billionen Euro der größte einheitliche Markt der Welt.

Alles andere als einheitlich, sondern sehr unterschiedlich wirkte sich Analysen zufolge die europäische Integration für die Gründungsländer des EU-Binnenmarktes aus. Wie das Prognos-Institut in einer Studie im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung feststellte, profitierten vom Binnenmarkt besonders jene Länder, die wirtschaftlich sehr eng mit den anderen EU-Ländern verflochten sind. Dies hatte zur Folge, dass in südeuro-

päischen Ländern das Bruttoinlandsprodukt durch das Zusammenwachsen erheblich weniger zulegen als etwa in Dänemark, Deutschland oder Österreich. Konkret betrug der Studie zufolge der durchschnittliche jährliche Einkommenszuwachs infolge des EU-Binnenmarkts in den Jahren 1992 bis 2012 in Portugal 20 Euro je Einwohner, in Spanien und Griechenland 70 Euro und in Italien 80 Euro. Dagegen konnte Dänemark ein Plus von 500 Euro pro Kopf seiner Bevölkerung verzeichnen, Deutschland kam auf plus 450 Euro und Österreich als drittplatziertes Land auf plus 280 Euro.

Die ungleiche wirtschaftliche Entwicklung führte inzwischen dazu, dass die in der EU vorherrschende Austeritäts-Politik, nach der sich ein Staat in seinen Ausgaben zu disziplinieren und in jeder Hinsicht zu sparen hat, zunehmend kontrovers diskutiert wird. Ist Sparen um jeden Preis in Zeiten wirtschaftlicher Probleme der richtige Weg, lautet die Frage, die die Union entzweit. So wollen die neuen Minderheitsregierungen in Spanien und Portugal den offiziellen Sparkurs der EU verlassen. Begründung: Die Politik des harten Sparens, mit der die Eurokrise überwunden werden soll, bewirkte stattdessen seit 2012 eine erneute Rezession. Bei den EU-Mitgliedern Griechenland, Italien, Portugal und Spanien (GIPS) greife die Austeritäts-Politik vor allem die Löhne, die Sozialleistungen und das öffentliche Eigentum an, bemängeln Kritiker. Bei einem alleinigen Achten

auf die Verschuldungsquote der Länder würden die zum Teil sehr hohe Arbeitslosigkeit und die mickrigen Wachstumszahlen völlig aus den Augen verloren, stellen dazu etwa die Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph E. Stiglitz und Paul Krugman fest. Kurz: Reine Sparpolitik ist demnach unsozial. Mit dieser Begründung wenden sich auch die neuen Regierungen in Spanien und Portugal von dem EU-Spardiktat ab, um harte soziale Einschnitte in ihren Ländern, die sie der Austeritäts-Politik anlasten, zu vermeiden bzw. zu reduzieren.

Demgegenüber versucht Brüssel Portugal – das nach wie vor der Finanz-Aufsicht der EU unterworfen ist, seitdem das Land am Geldtropf der Europäischen Zentralbank hängt – und auch Spanien zu einer Fortsetzung der Sparpolitik zu drängen. Denn weiterhin setzen die EU-Institutionen darauf, dass die Mitglieder durch konsequentes Sparen einen ausgeglichenen Haushalt erreichen sollen. Dabei ist weiter umstritten, ob diese strenge Sparpolitik die Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa verschärft oder den Ausweg daraus bedeutet. Dessen ungeachtet stehen Spanien und Portugal bzw. ihre neuen Regierungen seit dem von ihnen angekündigten Ausscheiden aus dem Spardiktat unter der strengen Beobachtung Brüssels und anderer Mitgliedstaaten.

DEUTSCH-FRANZÖSISCHER MEDIENPREIS 2016 FÜR JEAN ASSELBORN

Der Deutsch-Französische Medienpreis 2016 geht in diesem Jahr an den Außenminister des Großherzogtums Luxemburg, Jean Asselborn. Darauf haben sich die Mitglieder des Deutsch-Französischen Journalistenpreises (DFJP) in Saarbrücken verständigt. Das GSI mit seinem Schwerpunkt in der deutsch-französischen und interkulturellen Zusammenarbeit ist Mitglied des DFJP e.V.

Nach den Worten des DFJP-Vorsitzenden und Intendanten des Saarländischen Rundfunks, Professor Thomas Kleist, würdigen die Veranstalter damit das große Engagement des luxemburgischen Außenministers für die europäische Integration. „Jean Asselborn versteht es wie kaum ein zweiter im richtigen Moment die richtigen Worte zu finden und sich nicht hinter diplomatischen Formeln zu verstecken“, sagte Kleist. Jean Asselborn ist der erste Träger des Deutsch-



© European Union 2015. Source: EP

Französischen Medienpreises, der weder aus Deutschland noch aus Frankreich kommt. Man habe damit ganz bewusst ein Zeichen setzen wollen, dass bei der europäischen Integration und der Berichterstattung darüber nicht die nationale Sicht den Aus-

schlag geben dürfe, sondern über Grenzen hinweg geblickt werden müsse. Die Preisverleihung am Mittwoch, 29. Juni, in Berlin wird von einem deutsch-französischen Experten-Forum begleitet, bei dem es um die aktuelle Wertekrise in Europa geht.

GSi ERSTMALS GASTGEBER DER SOCIALBAR BONN

Alle zwei Monate kommen in Bonn Web-Aktivistinnen, Social Entrepreneurs, NGOs, ehrenamtliche Helfer, Politiker und Unternehmen mit sozialer Verantwortung zur Socialbar zusammen. Vorträge und Diskussionen bieten die Gelegenheit, Kontakte zu knüpfen, Erfahrungen auszutauschen und Kooperationen einzugehen. Anfang April war das GSI Gastgeber der



socialbar

mittlerweile 31. Socialbar Bonn. In den drei Vorträgen stellten die jeweiligen Ver-

antwortlichen die Arbeit des Alumniportals Deutschland, des Bonn Sustainability Portals und des Fotoprojekts „Gesichter Bonns“

vor. Im Anschluss an die Vorträge tauschten die Teilnehmer Erfahrungen insbesondere bei der Arbeit mit dem Internet und Social-Media-Angeboten aus. Die Socialbar Bonn wird seit 2010 ehrenamtlich von Mitarbeitern der DW Akademie, des GSI und von Engagement Global veranstaltet und ist eine der aktivsten Gruppen der in mehreren Städten organisierten Treffen.

NEUER PARTNER FÜR DIE EUROPÄISCHE SOMMERAKADEMIE

Das GSI kooperiert mit der European University at Saint Petersburg (www.eu.spb.ru) bei der XXVII. Europäischen Sommerakademie vom 2. bis 10. September in Bonn, Brüssel und Luxemburg.

Die Zusammenarbeit erstreckt sich über die Entsendung internationaler Studierender nach Bonn bis zur Mitwirkung von Referenten bei der Akademie. Prorektor Professor Dr. Nikita Lomagin war bereits 2005 bei einer DAAD-Tagung im GSI und ist seitdem



ständiger Gast der Akademie, die seit 1990 knapp 2.000 junge Europäer aus rund 40 Nationen in Bonn versammelte. Einige von ihnen gelangten in hohe Ämter, unter anderem als Staatspräsidentin (Kroatien), Premierminister (Finnland und Slowenien), Außenminister (Tschechien), EU-Botschafter und EEAS-Spitzenbeamte (Österreich, Polen und Slowakei) bzw. als Journalisten (als WAZ-Korrespondent in Washington und Russisch-Redakteur bei der Deutschen Welle).

IMPRESSUM

Herausgegeben vom
Gustav-Stresemann-Institut e.V.

V.i.S.d.P. Dr. Ansgar Burghoff

Tel: +49 (0) 228 / 8107- 0

E-Mail: weltenbuerger@gsi-bonn.de

www.gsi-bonn.de

Langer Grabenweg 68,
53175 Bonn - Bad Godesberg
Germany